

der übrigen Vorkläger Beschlässe den Weg zur parlamentarischen Zusammenarbeit mit allen Parteien geebnet hat, die sich auf den Boden des bestehenden Volksstaates stellen. Hält der Herr Graf die Ausnahmebestimmung, die er uns gemäß seiner „Trennungstheorie“ zugeordnet hat, für seinen Regierungsbereich aufrecht für alle Zeiten?

In der obengenannten Versammlung hat Verchenfeld auch vor einer schrankenlosen „Industrialisierung“ Bayerns durch die Wasserkraftausnützung gewarnt. Die baldige und restlose Verwirklichung des Ausbaues der bayerischen Wasserkräfte und deren Verwertung für die deutsche Volkswirtschaft ist das vornehmste Ziel der bayerischen Sozialdemokratie. Den ersten Spatenstich an dem größten Kraftwerk hat ein sozialistischer „Revolutionsminister“, Erhard Luer, angeordnet. Gerade dieser ist rastlos tätig, um den letzten Wasserlauf in den Dienst dieser großen Sache zu stellen. Sie weist uns in gerader Linie auf unser Zukunftsideal hin, die „Arbeiter- und Bauernrepublik“ des industrialisierten bayerischen Hochlands.

Hier greift Graf Verchenfeld nach dem Fundament der Entwicklung zum sozialistischen Freistaat Bayern!

Welche nachteiligen Folgen erwartet sich denn Verchenfeld von einer der natürlichen Entwicklung gehorchenden Industrialisierung? Beabsichtigt er irgendwelche staatliche Maßnahmen dieser Warnung folgen zu lassen?

Der Schicksalener Bayern möge auf der Hut sein! Sonst wird die Macht der Ereignisse über ihn hinweggehen!

München, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Spannung innerhalb der Bevölkerung Bayerns und vor allem Münchens ist durch die hemmungslose monarchistische Propaganda der letzten Tage außerordentlich gestiegen. So sieht man dem Bestattungstag des letzten Königs mit ernster Sorge für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens entgegen. Die SPD. hatte sich in einem offenen Schreiben an die USP. Münchens gewandt mit dem Ersuchen, den Bestattungsumrummel durch antimonarchistische Demonstrationen zu stören. Hierauf setzte nun in der bürgerlichen Presse eine wüste Hege gegen alles, was sozialistisch ist, ein. Der „Miesbacher Anzeiger“ fordert die Bauernschaft zu Gewalttaten auf und sagt unter der Überschrift: „Bauern! Drecksiegel bereithalten“:

„Die Verhandlungen unter den Genossen sind im Gange. Das bayerische Volk wird diese nicht stören; aber die Bayern werden ihre Drecksiegel bereithalten und die anständigen Arbeiter werden jeden, der es wagen wird, den Tag, an dem das bayerische Volk trauernd das edle Königspaar dem Heimatboden übergibt, zu stören, mit ihren Drecksiegeln und schweißigen Händen bearbeiten. Jeder anständige Bauer hat es satt, sich von jedem hergelaufenen Lumpengefindel in den vaterländischen Gefühlen verletzen zu lassen.“

Leider ist die mangelhafte Geschlossenheit der Arbeiterschaft mit daran schuld, daß sich die Reaktion solche Frechheiten erlauben kann. Jetzt versucht der „Bayerische Courrier“, Unfrieden zwischen die Arbeiterschaft dadurch zu säen, daß er gelegentlich eines Nachrufs für den verstorbenen Erzbischof dessen Beziehungen zu dem Genossen Luer in einer jesuitischen Art ausschaltete. Das USP.-Organ, das den Plan nicht gleich durchschaute, nahm daraus den Anlaß, zu schreiben, diese Darstellung entspräche nur dem, was über Luers „Sabotage an der Revolution“ bekannt sei.

Diese bedauerliche Polemik stört leider die Verhandlungen innerhalb der Arbeiterschaft, den militärisch-monarchistischen Trauerfeiern der letzten Zeit eine mächtige Totenfeier als Demonstration gegen den Krieg entgegenzusetzen. Hoffentlich gelingt es dem Ministerium des Innern, welches der geplanten Totenfeier alle erdenklichen Hindernisse in den Weg stellt, die Arbeiterschaft durch diese Schikanen wieder zusammenzuschweißen.

Aufhebung der Bewährungsfrist. In dem Landfriedensbruchprozeß, der als Nachspiel zu antisemitischen Ausschreitungen am 14. bis 16. September vor dem Volksgericht in Memmingen stattfand, waren die Hauptangeklagten, der praktische Arzt Dr. S. C. C. und der Handlungsgehilfe Eduard Hall, zu je 1 Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist bis Oktober 1923 verurteilt worden. Wie uns ein Telegramm aus Memmingen meldet, hat jetzt das Oberste Landesgericht in München die Bewährungsfrist für die beiden Verurteilten aufgehoben, so daß sie die ihnen zuerkannte Gefängnisstrafe verbüßen müssen.

Kleiner Führer durch politische Berufe.

Von Hans Bauer.

Schwerer als je fällt heutigen Tages besorgten Eltern die Berufswahl für ihre Kinder, und schwerer als je ist es jetzt, in irgendeinem Berufe zu einer führenden Stellung zu gelangen. Die verantwortlichen Erzieher sollten deshalb mit Rücksicht auf charakteristische Eigenschaften bei ihren Kleinen zu erspähen trachten — charakteristische Eigenschaften, die auf besondere Eignung zu bestimmten Berufen schließen lassen. Auf bietet hierzu das Alltagsleben der lieben Kleinen bezeichnende Anhaltspunkte, die nicht übergangen werden sollten.

Da geschieht es vielleicht, o deutsche Mutter!, daß dein Karl als Kellner einen Apfel anvertraut bekommt, den er unter seinen Schwestern teilen soll, und daß er die Leitung in der Welle vornimmt, daß er die von ihm bezorgte Elfe das ganze Fleisch abschlecken läßt, der wenig geklärten Marie hingegen den Grieb vor die Füße wirft. Dieser ausgeprägte Sinn für verschiedenartige Behandlung läßt sich im praktischen Leben später einmal gut verwerten. Karl möge deutscher Strafrichter werden.

Eine andere Mutter betrachtet möglicherweise dieses an ihrem Söhnchen: Oskar zertoppert eine Baise, kriegt ob dieser Schandtat das Zittern in die Beinen, fühlt sich aber schnell von einem geklärten Einfall durchzuckt: er legt die Scherben wieder so aneinander, daß die Baise auf den ersten Blick heil zu sein scheint, und erst wieder in die Brüche geht, wenn sie am nächsten Morgen vom Dienstmädchen abgestaubt wird. Behauptet Oskar vom gellenden Organs, die Unvorsichtigkeit des Dienstmädchens sei an dem Malheur schuld, so deutet das auf Eignung zum Generalstabsoffizier in einem Revanchekrieg.

Einige Kinder haben auch die Eigentümlichkeit, die Verschiedenartigkeit der Erscheinungen stets auf die gleiche Ursache zurückzuführen. Der Kesse eines meiner Freunde z. B. leidet an der fügen Idee: Freitag ist ein Unglückstag. Der Freitag muß nun zu allem herhalten. Hat der hochfeste Knabe eine schlechte Zensur in der Schule gekriegt, so liegt das seiner Meinung nach nicht an der Mangelhaftigkeit seiner Arbeit, sondern daran, daß er sie entweder am Freitag zurückbekommen oder geschrieben oder die Tinte oder das Schreibzeug am Freitag gekauft hat. Diesem Knaben dürfte eine bedeutsame Zukunft bevorstehen. Er scheint zum Antisemitenführer prädestiniert.

Knaben hingegen, die kraft ihrer strobenden Bizeps zur Brutalität neigen und mit ungemessenen Kraftworten um sich werfen, sollten sich, ehe sie die Bogerkarriere einschlagen, doch überlegen, ob sie nicht lieber dem Hammer-Bund, einer Germanenloge oder den Nationalsozialen beitreten. Die paar etwa noch erforderlichen Kenntnisse im Zielschießen lernen sie ja schnell.

Unerwartet lassen Energielosigkeit und Dankelmut, die sich etwa beim Räuber- und Soldatenpiel geltend machen sollten, es

Die preußische Regierungskrise.

Auch im Verlauf des heutigen Vormittags sind entscheidende Schritte zur Neubildung der Regierung noch nicht erfolgt. Die Fraktionen des Zentrums und der Demokraten waren bis zur Mittagsstunde noch nicht beisammen. Die sozialdemokratische Fraktion befaßte sich mit der durch den Rücktritt des Kabinetts Stegerwald geschaffenen Lage. Nach Entgegennahme der Berichte war die Fraktion einmütig der Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei durch ihr Verhalten im Reich auch für Preußen die Möglichkeit, in der gegenwärtigen Situation eine große Koalition zu schaffen, selber bereitet hat. Ferner ist die Fraktion gewillt, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß die Regierungsbildung nicht wieder wochenlang hinausgeschoben wird; sie wird alles daran setzen, die in Frage kommenden Parteien zu einer raschen und klaren Entscheidung zu veranlassen.

Der Kellereauschuss des Preussischen Landtages beschloß in seiner Donnerstagssitzung um 12 Uhr, in der heutigen Plenarsitzung die Aussprache über Oberstleuten von der Tagesordnung abzusehen, sobald die Unterstützung für die Opfer von Oppau zu bewilligen und sich danach zu verhalten. Wobann wird am Nachmittag der Kellereauschuss zusammentreten, um über die weitere Geschäftstages zu beraten.

Stegerwald und preußische Regierung.

Gegenüber einem Vertreter des Z.B.V. äußerte sich der preussische Ministerpräsident über den Rücktritt der preussischen Regierung wie folgt: 1. Das Kabinett Stegerwald ist zurückgetreten, weil es seine innerpolitische Aufgabe, die Schaffung einer breiten Koalition nicht gelöst hat. Damit ist nicht der Kern der preussischen Regierungskrise getroffen. Der Rücktritt der preussischen Regierung ist vielmehr darauf zurückzuführen, daß in Preußen die große Koalition schon seit den Wochen möglich war. Ihre Verwirklichung wurde zurückgehalten, um durch Preußen gleichzeitig auch für das Reich eine Befundung der parlamentarisch-politischen Verhältnisse herbeizuführen. In Preußen waren die Parteien, die in die Regierungskoalition einbezogen werden sollten, die Nehmen den (Anteilnehmer an der Verwaltung des größten Landes), im Reich dagegen waren sie die Gebenden (Bevollmächtigte von Besitz und Konsumverbrauchssteuern), und nun sind es wieder Vorgänge im Reich (ich erinnere an den Brief der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei an den Herrn Reichspräsidenten), welche die Befundung der parlamentarischen Verhältnisse in Preußen gefährden. In Zukunft wird Preußen bei der Gestaltung seiner parlamentarischen Verhältnisse nach eigenen Rezepten arbeiten müssen, ohne auf Vorgänge im Reich Rücksicht nehmen zu können. 2. In anderen Ländern arbeiten die Gegner der Demokratie und des Parlamentarismus an deren Unterdrückung; in Deutschland tun dies die demokratisch orientierten Parteien selbst (?). Die Häufigkeit der Regierungswechsel in Deutschland und ganz besonders die Art und Weise, in der sie vor sich gehen, sind nicht geeignet, das parlamentarische System den breiten Volksschichten begehrenswert zu machen. Vor allem ist Obstruktion ein undemokratisches Mittel gleichgültig, ob es auf der Straße oder in Parlamenten angewandt wird. In England kennt man solche Hilfsmittel der Demokratie in dieser Form nicht.

Die Erfahrungen der letzten Tage haben bewiesen, daß der preussische Ministerpräsident nach der ihm durch die Verfassung gegebenen Stellung wohl bei der Neubildung der Regierung, nicht aber bei einer Regierungsumbildung ausreichende Initiative entwickeln kann. Bei Regierungsumbildungen ist der preussische Ministerpräsident eingeklemmt zwischen den Parteien auf der einen und dem Kabinett auf der anderen Seite.

Größere Beweglichkeit auf der Kabinettsseite verhindert die Verfassung; verfassungsgemäß kann der Ministerpräsident keinen Minister zum Rücktritt anhalten. Im Reich steht über diesen Dingen noch der Reichspräsident.

Zu dieser Sachlage kam noch ein persönlicher Umstand: Ich bin im April bei der endgültigen Wahl zum Ministerpräsidenten gegen die Sozialdemokratie gewählt worden und konnte darum, wenn ich weiterhin auf politische Folgerichtigkeit Wert legen wollte, nun nicht durch bloße Einbeziehung der Sozialdemokratie eine Regierung bilden, die als die alte Koalition angeprochen werden konnte. Für diesen Umstand sollten auch die Kreise der demokratischen Partei Verständnis zeigen, die jetzt in Zuschriften an die Presse an meinem Verhalten herumzumeilen suchen.

ratfam erscheinen, die Charaktereigentümlichkeiten späterhin nutzbringend im Dienste für die demokratische Partei zu verwerten.

Eindeutig wies mich auch das folgende Begebnis auf die spezielle Berufsbezeichnung eines Kindes hin. Eines Abends war ich im Keller meines Hauses zu später Stunde noch mit dem Schichten von Kartoffeln beschäftigt. Da hörte ich Schritte mir entgegenkommen, die aber plötzlich stockten. Und von der Kellertreppe her vernahm ich nun die Stimmen zweier Nachbarskinder folgendes murmelnd: „Du, Emil, im Keller scheint ein Kerl zu sein!“ — „Ach, Unsinn! Das wird einer aus dem Hause sein.“ — „Rein, Emil: Das ist ein Kerl!“ — „Dann wollen wir uns aus dem Staube machen.“ — „Quatsch! Du gehst runter in den Keller, packst den Kerl und häfst ihn!“ — „Ach? Warum soll ich denn das machen?“ — „Weil ich inzwischen den Schuhmann holen will, Du Kindvot!“ — „Du, Georg, wenn ich nun den Schuhmann holte, und wenn Du dafür...“ — „Wachlappen! Berräter!“ — Eilige Schritte entfernten sich.

Sagt selbst, wäre es nicht eine Sünde, wenn Georg nicht außerpolitischer Redakteur eines alldeutschen Blattes würde?

Hollendorfer-Theater: „Die Ehe im Kreise.“ Edward Künnecke, der Hauskomponist am Hollendorfer-Theater, ist eine Art Kulturfaktor für WB geworden. Diese mandanten Damen und Herren, die noch vor wenigen Jahren die entsehltesten Schmarren mit Hurrobergeisterung genoßen, werden jetzt unter Künnecke direkt literarisch. Literarisch ist sie zwar nur äußerlich, diese „Ehe im Kreise“ — sehr frei nach dem genialen Molliere-Kleistischen Lustspiel „Amphitruon“. Aber es ist doch einmal ein Versuch eines Neuen, Höheren. Nicht mehr Atmosphäre Maxim, sondern Offenbach. Das erstere Trio: Amphitruon, Kilmene, Jupiter ist etwas stark veracht und karikiert worden, Sofas, Charis, Nerker ebenfalls in der Anlage bedeutend verändert, aber sehr viel glücklicher weil geistvoller und geeignet mit allen nur erdenklichen Geistesfähigkeiten. Die Europa ist Neuschöpfung und da Claire Waldoff auf den Leib geschrieben, trotz einiger abstoßender Eindeutigkeiten, von zwerchfellerschütternder Wirkung. Das Ganze etwas zu lang ausgebeutet, aber, wenn auch im Zweckeren, die alte Operette mit Boston, Fortrott u. a., doch dem Sinn nach etwas von einem Offenbach-Redivivus.

Zu diesem Text von Haller und Künnecke hat Künnecke das ungleich Wertvollere gefügt: eine Musik voller Schlagkraft, schön drap an der Erde, die wir nun einmal gewöhnt sind, lustig und nie grüblerisch, trotzdem aber im besten Sinn charakteristisch und farbenreicher als sonst. Hermann Haller sorgte für die feinste Ausstattung. Max Roth für animierteste musikalische Aufführung. Die Darstellung war allerersten Ranges. Der lange, altjüngferliche, verbildete Jupiter Karl Geppert, der listige Frechdachs Merkur Kurt Lillen, Amphitruon Hellmut Neugebauer, die vornehme Kilmene Vori Leuz, der wunderbar gesummerte Sofos Eugen Reg, Charis M. A. r. e. n. g. o., ein sehr sympatisches Talent, schließlich Europa, der beste Mann des Abends, Claire Waldoff — wo war da auch nur ein Darsteller zweiten Ranges? Das Publikum fühlte sich, die literarische Einschätzung tat ihm wohl. Es merkte gar nicht, daß es doch eigentlich nur in der Diele war.

Kautsky und die USP.

Die „Pravda“ veröffentlicht einen Artikel Kautskys gegen Kautsky, der neben den üblichen belanglosen Schimpfereien auch eine interessante Behauptung über den Wandel im Verhältnis der USP. zu Kautsky enthält. Kautsky sieht in Kautskys neuem Buch „Von der Demokratie zur Staatsklaverei“ einen Beweis für den „Riedergang der USP.“ und bemerkt dazu:

Dieselbe Partei, die im vorigen Jahre nicht den Mut hatte, Kautsky anzuerkennen, dieselbe Partei, deren Führer Dittmann auf dem zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale erklärt hat, daß Kautsky nur deswegen aus der Partei nicht ausgeschlossen sei, weil er sich in Wien befinde — dieselbe Partei veröffentlicht jetzt eine Broschüre Kautskys, die nichts anderes als eine Spekulation auf den Sturz der Sowjetregierung darstellt.

Die Bemerkung Kautskys ist so auffällig, daß man wohl erwarten kann, Dittmann werde sich zu ihr äußern.

Erhöhung der Börsensteuer?

Am Steuerausschuss des Reichstages wurde heute der Bescheid über die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer behandelt. Es lag ein Antrag Reil (Soz.) vor: Die Reichsregierung wird ermächtigt, den Steuerfuß der Tariffnummer 4a-5 des Reichsstempelgesetzes vom 3. Juli 1913 in der Fassung des Gesetzes vom 28. Juli 1918 bis auf 1 v. H. und im Falle der Ermächtigung unter 1 zu dieser Tariffnummer bis auf 2 vom Tausend zu erhöhen. Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, den Steuerfuß der Tariffnummer 4a-6 bis auf 1 v. H. zu erhöhen und diese Steuer auf andere Anschaffungsgegenstände auszudehnen, die auf ausländische Währung lautende Zahlungsmittel zum Gegenstande haben und bisher nicht unter die Tariffnummer 4a,6 fielen oder von der Steuer befreit waren. Zur Durchführung dieser Vorschriften kann der Reichsminister der Finanzen weitere Anordnungen erlassen.

Hierzu beantragte Abg. Bernstein (Soz.), daß dieses Gesetz mit dem auf seine Verkündung folgenden Tage in Kraft treten solle. Zur Begründung wurde angeführt, daß die Zustände an der Börse eine möglichst schnelle Erhöhung der Börsenumsatzsteuer für Aktien und Rüge außerordentlich dringlich erscheinen lasse. Das Ziel würde nicht schnell genug erreicht werden, wenn der Ausschuss zunächst den inzwischen dem Reichstag zugegangenen Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes mit der gebotenen Gründlichkeit durchberaten wolle. Für den gegenwärtigen Zeitpunkt erscheine es wichtiger, lediglich die Tariffnummer des Reichsstempelgesetzes, die sich auf die Börsenumsätze von Aktien und Rügen bezieht, zu erhöhen und zugleich die bisher dem Reichsstempelrecht fremde Devisenbesteuerung einzuführen. Beiden werde schon aus technischen Gründen am zweckmäßigsten in der Form einer Ermächtigung an die Reichsregierung erfolgen.

Die Börsenumsatzsteuer für Aktien und Rüge hätte bisher nach Tariffnummer 4a/5 in Verbindung mit Artikel 26 des Gesetzes vom 28. Juli 1918 für Kundengeschäfte 3 pro Mille und für Händlergeschäfte 0,5 pro Mille betragen. Bei der jetzigen Lage des Kapitalmarktes und bei der starken Spekulation an der Börse erschienen 1 Proz. bzw. 2 pro Mille als mögliche Höchstgrenzen.

Der Handel mit Zahlungsmitteln in ausländischer Währung sei bisher in Tariffnummer 4a/6 geregelt, jedoch beziehe sich diese Regelung nur auf ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld oder ausländische Geldsorte, bei einem Steuerfuß von 2/10 pro Mille. Die Ausdehnung auf die Devisenumsätze erweise dringend geboten. Der Höchstfuß werde hier nicht allgemein für alle Anschaffungsgegenstände über Zahlungsmittel ausländischer Währung 1 Proz. betragen können, dieser Satz werde vielmehr nur für ausländische Geldsorten möglich sein. Für Devisenumsätze werde entsprechend dem Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes ein möglicher Satz zu wählen sein. Die Bemessung werde mit Rücksicht auf die schwankende Lage des Devisenmarktes der Reichsregierung überlassen bleiben müssen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der die Notwendigkeit der Arbeitsstimmung allgemein anerkannt wurde, kam man zu dem Ergebnis, der Besprechung in den Fraktionen anheimzustellen, es möchten dem 11. Ausschuss (Steuerausschuss) überwiegen werden: Die Vermögenssteuer, die Vermögenszuwachssteuer, die Vermögenszuwachssteuer aus der Nachkriegszeit, die Körperschaftsteuer, die Umsatzsteuer, die Kapitalverkehrssteuer und die Versicherungssteuer. Einem neu zu bildenden Ausschuss solle dann überwiegen werden: Die Kennweit- und Kraftfahrzeugsteuer, die Verbrauchssteuer für Zucker und anderen Süßstoff, die Zölle und übrigen Verbrauchssteuern und das Branntweinmonopol.

Ein Nationalökonom auf der Walze. Man kann die Empfindungen und Anschauungen eines Arbeiters nicht dadurch kennenlernen, daß man ihn über allerlei befragt, um ihn ganz zu verstehen, muß man mit ihm leben und essen, und was das Wichtigste ist, mit ihm arbeiten. Aus diesem Grunde habe ich seit Januar 1919 in Bergwerken, Werften und Stahlwerken in Amerika, Großbritannien, Frankreich und Deutschland gearbeitet. Mit diesen Worten teilt ein junger amerikanischer Nationalökonom Whiting Williams eine Schilderung seiner Erfahrungen ein, die er unter den Arbeitern der verschiedenen Länder gemacht hat. Die Arbeiter hätten ihn überall als ihresgleichen aufgenommen, berichtet er, und aus dieser engen Gemeinschaft heraus hat er sich überzeugt, daß nicht so viel unruhige und böswillige Elemente in der Arbeiterschaft dieser Länder sind, als man vielfach behauptet. Der revolutionären Strömung, die nach dem Kriege unter den Arbeitern Platz griff, steht eine sehr bedeutende, gemäßigte Bewegung gegenüber. Besonders traurig sind die seelischen Konflikte, in die der Arbeiter durch die jetzt so vielfach herrschende Arbeitslosigkeit geworfen wird.

Aus dem amerikanischen sowie aus dem Bonaner Fabrikleben gibt Williams passende Bilder von dem Unglück, in das Millionen von Menschen geraten sind, weil sie auf den nächsten Tag nicht wissen, ob es für sie Arbeit geben wird. „Die Unsicherheit und Unregelmäßigkeit der Arbeit“, meint er, „ist einer der wichtigsten Einflüsse im menschlichen Leben. Der Alp des Wertarbeiters in unseren Tagen ist, daß er niemals weiß, ob es noch Arbeit für ihn geben wird, und wenn er Arbeit bekommt, das Bewußtsein hat, daß er sie einem Kameraden wegnimmt.“ Man solle sich nicht über die amerikanischen Bergwerksarbeiter wundern, die nur noch fünf Tage in der Woche und sechs Stunden den Tag arbeiten wollen. Wer jemals in einer amerikanischen Bergwerkstadt gelebt habe und die atemlose Spannung beobachtet, mit der die ganze Bevölkerung am Abend auf das Signal lauscht, das anzeigt, ob die Bergwerke am folgenden Tage arbeiten oder nicht, der weiß, was das Aufhören der Arbeit für diese Leute bedeutet. „Der Arbeiter will arbeiten“, sagt Williams. „Er kann die innere Aufregung, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, nicht ertragen, und er wird dadurch demoralisiert ebenso wie durch unregelmäßige Arbeit.“

Maxim Gorki in Berlin. Mittwochs früh ist Maxim Gorki von Stockholm aus in Berlin eingetroffen. Von hier aus will er in einigen Tagen zur Kur nach Kambien fahren.

Am Institut für Auslandsrecht an der Universität Berlin werden auch in diesem Wintersemester Vorlesungen und Kurse veranstaltet, die die Studierenden in das Wirtschaftsrecht des Auslandes einführen sollen. Näheres am Samstag Abend und am Zimmer 255.

Das Reich der Journalisten, das vom Verein Berliner Journalisten am 8. Nov. im Zoo veranstaltet wird, hat ein außerordentlich vielseitiges Programm aufzuweisen. Vorklauer, Salomon, Kupfer, Wada Christian, Valerie Feub, Wilm Flohr, Olga Desmond, Blaudine Ehinger, Oskar Sabo, Eugenie Eudardowa u. a. haben ihre Mitwirkung zugesagt.

Prof. Andreas Heusler, der Rechtsgelehrte, der über 50 Jahre lang an der Kaiser-Universität des Reiches Straßburg und Zivilprozessrecht gelehrt hat, ist im Alter von 87 Jahren in Genf gestorben. Zahlreiche Besuche machten seinen Namen weit über die Grenzen der Schweiz berühmt. Sein Sohn ist als Professor der Germanistik an der Berliner Universität tätig.

